

Zur Lage in Rußland.

Von Prof. Dr. A. H. Holtmann, Berlin.

Die Verhältnisse in Rußland haben sich soweit gefestigt, daß man sich ein Bild über die gegenwärtige Lage machen kann. Bis jetzt ist anscheinend alles planmäßig verlaufen, nach berühmten Mustern, und daraus ergibt sich auf jeden Fall ein auch für den Nichtkenner Rußlands einleuchtendes Beurteilungsmoment, nämlich, daß diese Revolution keine Revolte war, sondern eine durch die Verhältnisse begründete, lange vorbereitete und tief einschneidende Umwälzung. Deshalb ist es falsch, wenn in den Zeitungen zu lesen stand, daß England die Revolution angezettelt habe — als ob fremde Diplomaten in einem Meisenreich wie Rußland so mir nichts dir nichts eine Revolution „anzetteln“ könnten. Alles deutet vielmehr darauf hin, daß England bis zum letzten Augenblick zwischen dem alten Regime und der Opposition zu vermitteln versucht hat, um eine gewaltsame Lösung zu verhindern, die ebensogut zur Katastrophe für die Kriegsfähigkeit Rußlands werden konnte — und immer noch werden kann. Als dann aber das wildgewordene Pferd durchging, da zeigte allerdings die englische Diplomatie, daß sie zu reiten versteht; sie blieb nicht nur im Sattel, sondern verstand sogar, den Zuschauern vorzutäuschen, daß sie das Pferd gelenkt habe und immer noch lenke — und vielleicht glaubt am Ende sogar das dumme Pferd selbst daran.

Es ist, wie gesagt, bis jetzt alles anscheinend planmäßig verlaufen; aber in Wirklichkeit war gar kein Plan da, nicht einmal ein Ziel, sondern lediglich die durch den Krieg beschleunigte Notwendigkeit einer Änderung des alten Regimes. Am 14. März, 2 Uhr nachts, entschloß sich in Pskow Zar Nikolai II. nach stundenlangen Zweifeln und Kämpfen, eine verantwortliche Regierung zu ernennen. Hätte er diesen Entschluß am 14. März in Petersburg persönlich vor versammeltem Volke verkündet, so wäre er als „Nikolai der Große“ in der Times verherrlicht worden und vielleicht auch als solcher in die Geschichte Rußlands hinübergegangen. Nun mußte er abdanken, sitzt bewacht in Zarstoke Selo, vielleicht schon in der Beier-Pauls-Festung; es fehlen nur noch die Guillotine-Treppentritte der Weltgeschichte. Alle Macht haben danken ab; die Großfürsten mit dem starken Mann Nikolai Nikolajewitsch an der Spitze ziehen sich auf ihre Güter zurück; Gouverneure, Landeshauptleute, die ganze politische Polizei und andre Beamte des alten Regimes tun offenbar dasselbe. Und das geht anscheinend alles ganz glatt und ohne Widerstand vonstatten. Mehrere Hunderte von Toten in Petersburg hat der ganze Spaß gekostet. Nie war eine Revolution so billig. Aber bei näherer Betrachtung bemerkt man, daß die zusammenwirkenden Kräfte der Revolution nur im Negativen einig sind: in dem Haß gegen das alte Regime. Sobald man zum Positiven übergeht, treten scharf zwei verschiedene Strömungen hervor: eine bürgerliche nationaldemokratische und eine revolutionär-sozialistische. Der Vollziehungsausschuß, der am 11. März gebildet wurde, bestand aus zwölf Leuten, zehn bürgerlichen aus den verschiedenen Gruppen des Blochs und zwei Vertretern der Arbeitergruppen, nämlich Kerensti von der Partei der Trudowiki (gleich Mühselige, umfaßt Arbeiter, Kleinbürger, Handwerker) und Tschcheidse von der Gruppe der Sozialdemokraten. Aber die neue Regierung, die spätestens den 15. März gebildet wurde und aus zehn Mann besteht, hat neun bürgerliche Vertreter, von denen vier aus dem Exekutivkomitee übernommen sind, und einen Arbeitervertreter: den Justizminister Kerensti, während Tschcheidse zurückgetreten ist. Das bedeutet, daß im Augenblick zwei Regierungen in Rußland bestehen: die Regierung der Reichsduma und die Abgeordneten der Arbeiterzusammenschlüsse, deren Führer Tschcheidse ist. Die erste Regierung ist anerkannt über ganz Rußland, die zweite hat, praktisch gesprochen, die Macht in Petersburg, wenn auch vorläufig nur in Petersburg. Aber was das bedeutet, kann man daraus entnehmen, daß gegenwärtig 1600 Delegierte in Petersburg Sitzungen abhalten.

Daß zwei Machtgruppen mit sehr verschiedenen Ansichten und Absichten existieren, geht deutlich aus der ersten Kundgebung der vorläufigen Regierung vom 16. März hervor. In Punkt 7 dieser Proklamation heißt es, daß die Truppen, die an der revolutionären Bewegung teilgenommen haben, nicht entwaffnet, sondern nach Petersburg beordert werden. Es handelt sich hier um die 30 000 Mann der Petersburger Garison, die die Eroberung der Hauptstadt durchführten. Diese Truppen, die mit ihren Offizieren zu den Revolutionären übergingen, standen und stehen in intimer Verbindung mit den zivilen Arbeiterführern, und ihre Anwesenheit in Petersburg bedeutet,

daß die revolutionären Arbeiter in Petersburg ein ganzes neues Heer zu ihrer Verfügung und zu ihrem Schutz haben. Die Regierung hat sich bemüht, diese Macht zu neutralisieren, indem sie das Kommando in Petersburg einem populären und energischen General von der österreichischen Front, Kornilow, übertrug; aber trotzdem hört man fortwährend von sonderbaren und gefährlichen Verhandlungen zwischen der Regierung und diesem revolutionären „Kontrollapparat“. Auch Punkt 2 der Proklamation ist offenbar unter revolutionärem Druck entstanden. Er dehnt das Streikrecht auf Militärpersonen aus, was immerhin in einem Krieg auf Leben und Tod etwas bedeutet, selbst wenn hinzugefügt ist, „innerhalb der Grenzen, welche die militärischen und technischen Grenzen gestalten“. Ferner hat das Verhältnis zur Regentenfrage einen Streitpunkt zwischen den beiden Gruppen gebildet, und auch hier hat die revolutionär-sozialistische Gruppe den Ausschlag gegeben. Am 15. März teilte Bonarlaw im Unterhause mit, daß Großfürst Michail Alexandrowitsch zum Regenten ernannt sei. Er stütze sich dabei auf Miljukows Erklärung vor den versammelten Vertretern der alliierten Presse vom 15. März. Am 16. März war dieser Standpunkt aufgegeben; Michail trat zurück, und Miljukow mußte sich selbst desavouieren. Im Zusammenhang hiermit steht die Entfernung der Großfürsten von ihren militärischen Kommandos, und in erster Linie die Aufhebung der Ernennung des Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch zum Generalissimus. Die bürgerliche Gruppe hat unzweifelhaft den Plan gehabt, die Regentenfrage möglichst schnell in Ordnung zu bringen und die Heeresleitung in Nikolais kräftige Hand zu legen. Aber die revolutionär-sozialistischen Arbeiter sind natürlich Republikaner und ihr Standpunkt hat gesiegt. Für sie ist die Hauptsache, daß „eine durch allgemeine, direkte, gleiche und heimliche Abstimmung gewählte konstituierende Versammlung in möglichst kurzer Frist einberufen werde“, wie es in Michails Manifest heißt. Und um er dem Wahlkampf, in dem auf irgendeine Weise das Heer beteiligt werden soll, wünschen sie, daß in nichts eingegriffen werde, sondern daß das Volk gänzlich freistehe, oder mit andern Worten, daß die Republik eine Tatsache ist und die Wiederaufrichtung der Monarchie als Reaktion gestempelt werden kann. Es ist begreiflich, daß die Stellung der beiden Gruppen zum Krieg sehr verschieden ist. Während die bürgerliche Gruppe nationalistisch und kriegerisch ist, trat für die revolutionär-sozialistische Gruppe der Krieg zunächst ganz in den Hintergrund; aber nach und nach ist auch die letzte Gruppe in ihren Erklärungen über den Kriegswillen positiver geworden. Aber diese Zusagen hat die bürgerliche Gruppe nach und nach durch immer weitergehende Eindämmungen auf innerpolitischem Gebiet erkaufen müssen.

Für die revolutionär-sozialistische Gruppe kommt alles darauf an, die Entscheidung über die großen Programmfragen durch baldige Einberufung der konstituierenden Versammlung zu beschleunigen, während die bürgerliche Regierung aus begrifflichen Gründen bemüht ist, diese Entscheidung bis nach dem Kriege hinauszuziehen. Denn es ist ohne weiteres klar, daß diese Entscheidung zum Bruch und zur Katastrophe führen muß, wenn es der revolutionär-sozialistischen Gruppe gelingt, die Bauern und die Front mit hineinzuziehen. Die Bauern folgen ausschließlich der Parole „mehr Land“, und wer ihnen am meisten versprechen kann, verhasst sie. Damit ist dem natürlich auch die Haltung der Bauern an der Front entschieden. Als im japanischen Krieg die Wirren im Innern begannen, erscholl von der mandchurischen Front der Ruf „domoi“, nach Hause. Die höchst seltsame Ermahnung Gutschlows, daß sich jeder auf seinen Platz an der Front zurückgeben möge, läßt vermuten, daß heute etwas Ähnliches

vorgeht. Gehen die Dinge in der angedeuteten Richtung, so ist die weitere Entwicklung ziemlich sicher vorauszusehen. Es ist klar, daß sich die Herrschenden und Besitzenden des alten Regimes nicht ohne Widerstand von Rang und Würden und Haus und Hof vertreiben lassen, und es ist sogar wahrscheinlich, daß die bürgerlichen Demokraten von heute mit ihnen Partei machen müssen, um den Kopf zu retten, genau so, wie es 1905 und 1907 geschah. Gelingt es dagegen der bürgerlichen Regierung, die große Entscheidung durch Einsetzung von Ausschüssen usw. auf die lange Bank zu schieben, und außerdem die Ernährungschwierigkeiten zu überwinden, so ist eine Festigung der bürgerlichen Demokratie und damit die Fortsetzung des Krieges wahrscheinlich.